

# Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten Mark, bei Vorbestellung gegen Nachnahme 15 Mark. Einzelhefte 1 Mark. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wagenpreise: die 2 gepaltene Nummer 30 Goldmark, die 2 gepaltene Heft der amtlichen Bekanntmachungen 50 Goldmark, die 3 gepaltene Reklametexte im täglichen Teile der Zeitung 100 Goldmark. Nachweise gebühren 20 Goldmark. Sonstige Anzeigen werden nach Maßgabe der Anzeigenpreise berechnet. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernruf übermitteln Anzeigen überrechnen wir keine Garantie. Jeder Anzeigensteller ist verpflichtet, wenn der Vertrag durch Klage eingeklagt werden muß, über den Auftraggeber in Kenntnis zu setzen. Anzeigen nehmen auch alle Vermittlungsstellen entgegen.

Nr. 36 - 83. Jahrgang.

Verl.-Anst. „Sachsen-Zeitung“

Wilsdruff-Dresden.

Postkod.: Dresden 2649

Dienstag 12. Februar 1924

## Bedeutungsvoller Schritt zur Stabilisierung der deutschen Mark.

Berlin, 11. Februar.

### Die Arbeiten der Sachverständigen

haben den Plan festgelegt, den sie für die Einrichtung einer neuen Goldnotenbank anempfehlen werden, die ihre eigenen Noten gegen diejenigen der Rentenbank und der Reichsbank austauschen soll. Die grundlegenden Fragen sind Dr. Schacht unterbreitet worden. Es besteht der Eindruck, daß die Ausführung dieses Entwurfs einen bedeutsamen Schritt darstellt zur Stabilisierung der deutschen Mark.

### Lawinstürze in Bayern.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.) München, 11. Februar. Im Rheinbachtale überschüttete eine Lawine 30 Holzarbeiter, von denen 12 schwer verletzt wurden. In der Gegend des Salzer Tales sind durch Lawinen 13 Personen getötet worden. Durch weitere Lawinstürze wurden 8 Holzarbeiter schwer verletzt und 3 getötet. Weiter wurden 5 Telegraphenarbeiter verschüttet, von denen 3 als Leichen geborgen wurden.

### Baldwin spricht!

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.) London, 11. Febr. Baldwin wird heute im Hotel Bristol sprechen. Er wird vor allem auf die Anschuldigungen seiner konservativen Widersacher antworten. Es ist ungewiß, daß er wiederum zum Parteiführer gewählt werden wird.

### Die Alliiertenkonferenz über das Sicherungsproblem.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.) Paris, 11. Febr. Bei einer Besprechung über das Sicherungsproblem teilt der „Matin“ mit, daß die Alliierten sich demnächst in einer Sitzung unter Führung des Marshall Foch ausführlich mit diesem Problem beschäftigen werden. Foch wird den Alliierten verschiedene Anregungen unterbreiten, über die dann die Aussprache eröffnet werden soll.

### Das Sparprogramm der französischen Kammer.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.) Paris, 11. Febr. Die Kammer wird sich heute mit dem Artikel 2 des Finanzgesetzes beschäftigen. Dieser Artikel hat folgenden Wortlaut: Vom Inkrafttreten des Gesetzes ab unterbleibt bis zum Ausgang des Geschäftsjahres 1924 die Schaffung irgend welcher neuer Dienststellen und auch die Einstellung neuer Kräfte. Im Falle dringender Notwendigkeit können durch besonderen vom Ministerpräsidenten und vom Finanzminister unterzeichneten Erlaß Ausnahmen zugelassen werden. Es ist anzunehmen, daß dieser Artikel ohne längere Debatte zur Annahme gelangt.

## Reichstagswahl 1924.

Das Reichskabinett hat dem Entwurf über die Abänderung des Reichstagswahlrechts zugestimmt. Die Vorschläge zu dieser Reform gingen dahin, eine Anzahl übermäßig großer Wahlkreise zu zerlegen, ferner die Zahl der Abgeordneten zu begrenzen, und im Wahlverfahren Änderungen vorzunehmen, durch die eine engere Bindung zwischen dem Abgeordneten und seinen Wählern herbeigeführt wird.

So lange es ein Parlament gibt, jankt man sich herum über das Wahlrecht dazu. Die Wähler über die Geschichte des Wahlrechts sind schon verärgert worden und endeten immer damit, einen neuen, nun aber ganz vollkommenen Vorschlag zu machen. Und wenn man diesen Vorschlag dann irgendwo und irgendwann einmal probierte, dann war das Resultat genau so unvollkommen, genau so mit Fehlern behaftet wie die bisherigen Wahlmethoden. Klaffe genau so der Abgrund zwischen der Wirklichkeit des Lebens und dem, was den Saal des Parlamentes bevölkerte.

Das frühere Reichstagswahlrecht kannte keine Minoritätsvertretung, sondern das Mandat erlangte, wer die Mehrheit im Wahlkreis hatte. Die Einführung des Verhältniswahlrechts hat infolge der verhängnisvollen Parteienzersetzung in Deutschland praktisch dazu geführt, daß die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes manchmal in Frage kam. Dieses Verhältniswahlrecht führt ja mitunter zu grotesken Auswüchsen; so ist es bei den letzten Wahlen in Holland einer Partei der Parteien-Beschwerde gelungen, tatsächlich einen Kandidaten ihrer Liste durchzubringen, weil alle Parteien-Beschwerde

nahme gelangt. Eine außerordentlich heftige Diskussion wird sich aber dann über den Artikel 3 entspannen, der auf eine 20-prozentige Erhöhung der Steuern Bezug nimmt. Dieser Artikel lautet folgendermaßen: Vom 1. Januar 1924 ab werden nach den Bestimmungen des Finanzgesetzes zu sämtlichen Steuern und Abgaben 2 Prozent mehr erhoben. In den Wandelgängen des Palais Bourbon gibt man der Ansicht Ausdruck, daß die Abgeordneten, die auf ihre Wiederwahl bedacht sind, besonders schwerlich diesen Artikel unterschreiben werden.

### Mikum und Sechserkommission.

London, 11. Februar. (Sabas.) Zu der Meinung, daß die Mikum mit der deutschen Sechserkommission eine Herabsetzung der Lieferungen und der Abgaben bis auf volle Höhe der Reparationsleistungen vereinbart habe, erfährt die „T.M.“, daß diese Meinung nicht zutreffend ist. Die Ersetzung der Lieferungen und Abgaben auf die volle Höhe der Reparationsleistungen ist zwar von der Mikum gefordert worden, indessen von der deutschen Sechserkommission abgelehnt worden. Eine Einigung ist nicht zustande gekommen.

### Ein englischer Dampfer gescheitert.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.) London, 11. Febr. Nach einer Mitteilung der Reutersagentur ist der britische Dampfer „Mara“ auf den Klippen des Kap Sant Vincent gescheitert. Der Kapitän ließ drahtlos die Meldung an die englische Regierung ergoßen, daß er sich mit der Mannschaft in die Rettungsboote begeben habe. Der Dampfer hat eine Wasserverdrängung von 5176 Tonnen.

### Auch Colidge für Abrüstung!

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.) London, 11. Februar. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ stellt andern Meldungen gegenüber fest, daß Präsident Coolidge der Anregung Macdonalds auf Einberufung einer neuen Abrüstungskonferenz durchaus sympathisch gegenüberstehe. In Washington gibt man der Befürchtung Ausdruck, daß vor allem Frankreich und auch noch andere Mächte gegen eine Einschränkung der Luft- und Unterseebootschiffe Einwendungen erheben werden.

### Ein amerikanischer Kreuzer nach Honduras

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.) London, 11. Febr. Aus San Diego in Kalifornien wird gemeldet, daß der amerikanische Kreuzer „Milwaukee“ Befehl erhalten hat, sich nach Amapal in die Gewässer von Honduras zu begeben, um sich dort zum Schutze der Interessen der amerikanischen Untertanen aufzuhalten. Bekanntlich ist in Honduras eine Aufstandsbewegung im Gange.

### Die japanischen Verfassungswahlen.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.) Tokio, 11. Febr. Die Verfassungswahl ist auf den 10. Mai festgesetzt worden.

ganzen Landes durch dieses Wahlsystem ihre Stimme zur Geltung bringen konnten.

Der tiefste Grund all dieser Unmöglichkeiten liegt eben darin, daß der einzelne Wähler ganz isoliert betrachtet wird, was er doch in seinem Augenblicke seines Lebens ist. Er ist nicht das Sandkorn in dem großen Haufen, ist nicht als Nummer zählbar, sondern steht in Lebensverhältnissen, die infolgedessen dem von dem Wahlsystem gezüchteten Resultat Kritik genug widersprechen können.

Vollvertreter — ein Ehrentitel; doch nur ein Phantom, weil der Abgeordnete nicht durch das Volk, sondern durch die Parteiorganisation gewählt wird und mit dem angeblich von ihm vertretenen Volke wenig Verbindungspunkte haben kann. Die riesigen Wahlkreise, die vor den Wahlen zur Nationalversammlung gebildet wurden, machten jede engere Bindungnahme des Gewählten selbst mit seinen Wählern unmöglich. Auch die Reform des Wahlrechts vom April 1920, also sechs Wochen vor den Wahlen, hat daran nicht viel geändert; es ist aber eine alte Klage, daß hier endlich durch Verkürzung der Wahlkreise eine Änderung geschaffen werden soll.

Eine solche Verkürzung der Wahlkreise bedeutet aber nicht etwa eine Vermehrung der Abgeordneten, und wenn die Regierungsvorlage über die Änderung des Reichstagswahlrechts, wie sie soeben vom Kabinett beschlossen worden ist, eine Verkürzung der Wahlkreise auf eine durchschnittliche Wählerzahl von 400 000 vorsieht, so kann gleichzeitig damit die dringend notwendige Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten erfolgen. Daran werden freilich die Parteien höchst ungern herangehen, wie sie ja schon die Pläne zu einer solchen Reform bei einer Besprechung mit dem Reichskanzler vor kurzem abgelehnt haben. Freilich würde wahrscheinlich aber das Volk eine

derartige Herabsetzung der Abgeordnetenzahl durchaus begrüßen — und man würde sich damit abfinden, wenn durch geeignete Maßnahmen, wie starke Heraushebung der für die Wahl eines Abgeordneten notwendigen Wählerzahl, die Zweigparteien verschwinden würden. Das ist schon 1919 und 1920 durch die Bestimmung herbeigeführt worden, daß alle Stimmen einer Partei nicht gerechnet wurden, die nicht aus eigener Kraft wenigstens in einem Wahlkreise einen Abgeordneten durchbrachte. Ein modernes Wahlverfahren gibt zahlreiche Handhaben dafür, die Überreizung der Minoritätenvertretung abzuscheiden.

Selbstverständlich kann verfassungsgemäß eine derartige Reform des Wahlrechts nur auf ordentlichem Wege, also durch den Reichstag, nicht etwa durch eine Verordnung der Reichsregierung durchgeführt werden. Und da ist freilich kaum zu hoffen, daß die Beratung der Regierungsvorlage mit der notwendigen Schnelligkeit die Klippen der Reichstagsberatung passiert.

Ueber den Vorschlag des neuen Entwurfs verlaute:

Die Zahl der Reichstagsmitglieder wird auf 300 festgesetzt. Die 16 Wahlkreise werden in Wahlkreise mit durchschnittlich 300 000 Einwohnern unterteilt. Insgesamt ergeben sich 156 Wahlkreise. Die Verteilungszahl 60 000 wird auf 75 000 erhöht. Jeder Wahlkreisvorsitzende darf nicht mehr als zwei Bewerber benennen und muß ein Kennwort tragen. Innerhalb eines Verbandes gelten Wahlvorschläge mit dem gleichen Kennwort als untereinander verbunden. Verbundene Wahlvorschläge gelten den anderen Wahlkreisvorsitzenden gegenüber als ein Wahlvorschlag. Ein und derselbe Wahlvorschlag kann innerhalb eines Verbandes in mehreren Wahlkreisen aufgestellt werden. Jedem Wahlvorschlag und jeder Gruppe verbundener Wahlvorschläge werden so viel Abgeordnetensitze zugewiesen, daß je einer auf 75 000 für sie abgegebenen Stimmen kommt. Die bei dieser Verteilung unberücksichtigt bleibenden Stimmen gelten als Reststimmen und werden dem Reichswahlvorschlag zur Verteilung überwiesen. Beim Ausschneiden eines Abgeordneten tritt als Ersatzmann der Bewerber des Wahlvorschlags mit der nächsten Höchstzahl ein. Die auf Reichswahlvorschläge überwiesenen Reststimmen werden zusammengefaßt. Jeder Reichswahlvorschlag erhält auf je 75 000 Reststimmen ein Mandat.

Die neuen Wahlkreise sind etwa doppelt so groß wie die 372 Einzelwahlkreise des Reichstages vor 1914. Die 156 Kreise verteilen sich auf die Wahlkreiseverträge folgendermaßen: Ostpreußen 6, Berlin 10, Prov. Brandenburg 7, Pommern-Mecklenburg 7, Schlesien 11, Prov. Sachsen-Thüringen 13, Schlesw.-Holst.-Hamburg 7, Niedersachsen 12, Westfalen 12, Hessen-Nassau-Freistaat Hessen 10, Rheinland Nord 9, Rheinland Süd 9, Bayern I 9, Bayern II 9, Freistaat Sachsen 12, Württemberg 7, Baden 6, Insgesamt 156.

## Die Wahlen in Thüringen.

Sieg der Bürgerlichen und Deutschvölkischen. Schwere Niederlagen der Sozialdemokraten.

Herr von Kahr wünscht Heil und Sieg!

Eisenach, 10. Febr. Die „Eisenacher Zeitung“ hat dem Generalstaatskommissar von Kahr Mitteilung von der Bildung des Ordnungsbundes gemacht und von Herrn von Kahr darauf folgende der politischen Lage Rechnung tragende Äußerung erhalten: Daß sich für die Thüringer Neuwahlen am 10. Februar das gesamte Bürgertum zu einer geschlossenen Front gegen den Marxismus zusammenschließen hat, kann als eine für Bayern und ganz Deutschland vorbildliche Haltung gelten und wird die Zuversicht zu dem schönen Thüringen bei uns in Bayern in neuer Würde erstehen lassen. Nur auf diesem Wege des Zusammenschlusses aller vaterländisch Gesinnten und unter Zurückstellung aller Parteitaktik kann Deutschland gerettet werden. Ich möchte, wir wären schon so weit wie in Thüringen. Zum Wahlkampf Heil und Sieg!

### Starke Wahlbeteiligung!

Weimar, 10. Febr. Schon seit 9 Uhr früh sind die Straßen stark belebt und immer eifriger wandern die Wähler den Wahllokale zu. Gegen Mittag wird der Verkehr immer reger, der besonders durch die zahlreichen zur Verfügung gestellten Autos, in denen sich die alten pflichttreuen und gebrechlichen Wähler fahren lassen, verstärkt wird. Schon um 3 Uhr nachmittags sind in den einzelnen Wahllokale die Wahlumschläge vergriffen, so daß schleunigst Ersatz beschafft werden muß. Diese unerwartet starke Wahlbeteiligung erhöht die zureichende Stimmung von Stunde zu Stunde, zumal auch aus der Umgebung die regste Wahlbeteiligung gemeldet wird.

### Bis jetzt bekannte Wahlergebnisse:

Altenburg: Soz. 10 167, Freier Wirtschaftsbund 113, Kommunisten 2045, Völkische 2760, Ordnungsbund 10 176.  
Apotholstadt: Soz. 3134, Kommunisten 2187, Ansb. Soz. 48, Ordnungsbund 7486, Völkische 912.  
Arnstadt-Stadt: Soz. 3161, Deutschvölkische 1640, Freier Wirtschaftsbund 21, Kommunisten 3010, Ordnungsbund 5285.  
Die Wahlbeteiligung betrug 95 Proz. Mit Einschluß der Völkischen ist die bürgerliche Mehrheit hier gesichert.